

**Erläuternder Bericht der persönlich haftenden Gesellschafterin der Fresenius SE & Co. KGaA (der Fresenius Management SE) zu den Angaben nach § 289 Abs. 4 und 5, § 315 Abs. 4 Handelsgesetzbuch (HGB)**

**I. Angaben nach § 289 Abs. 4, § 315 Abs. 4 HGB**

**1. Gezeichnetes Kapital, mit Aktien verbundene Rechte und Pflichten**

Das Grundkapital der Fresenius SE & Co. KGaA ist in der unten stehenden Übersicht dargestellt.

	31. Dezember 2013		31. Dezember 2012	
	Anzahl Aktien	Nominalkapital in €	Anzahl Aktien	Nominalkapital in €
Stammaktien/ -kapital	179.694.829	179.694.829,00	178.188.260	178.188.260,00
Gesamt	179.694.829	179.694.829,00	178.188.260	178.188.260,00

Zum 31. Dezember 2013 betrug das Grundkapital der Fresenius SE & Co. KGaA 179.694.829,00 €, eingeteilt in 179.694.829 Stammaktien.

Die Aktien der Fresenius SE & Co. KGaA sind Stückaktien, die auf den Inhaber lauten. Jede Aktie gewährt in der Hauptversammlung eine Stimme. Auf jede Aktie entfällt ein anteiliger Betrag am Grundkapital von 1,00 €. Die Rechte der Aktionäre regeln das Aktiengesetz (AktG) und die Satzung.

**2. Stimmrechts- und Übertragungsbeschränkungen**

Die von der Gesellschaft ausgegebenen Stammaktien unterliegen zum Abschlussstichtag keinen gesetzlichen oder satzungsmäßigen Stimmrechts- oder Übertragungsbeschränkungen. Beschränkungen der Stimmrechte von Aktionären, die sich aus Vereinbarungen zwischen Gesellschaftern ergeben, sind den Vorstandsmitgliedern der persönlich haftenden Gesellschafterin nicht bekannt.

### **3. Kapitalbeteiligungen, die mehr als 10 Prozent der Stimmrechte betreffen**

Direkte und indirekte Beteiligungen an der Fresenius SE & Co. KGaA sind auf der Seite 146 des Geschäftsberichts 2013 im Konzern-Anhang unter „Mitteilungen von Aktionären“ aufgeführt. Die Else Kröner-Fresenius-Stiftung als größter Aktionär teilte der Fresenius SE & Co. KGaA am 20. Dezember 2013 mit, dass sie 48.231.698 Stammaktien der Fresenius SE & Co. KGaA hält. Dies entspricht einem Stimmrechtsanteil von 26,84 %. Sonstige direkte oder indirekte Beteiligungen am Grundkapital der Gesellschaft, die 10 % der Stimmrechte überschreiten, sind den Vorstandsmitgliedern der persönlich haftenden Gesellschafterin nicht bekannt.

### **4. Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen**

Die Gesellschaft hat keine Aktien mit Sonderrechten ausgegeben, die ihren Inhabern Kontrollbefugnisse verleihen.

### **5. Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben**

Informationen über die Stimmrechtskontrolle für den Fall, dass Arbeitnehmer am Gesellschaftskapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben, liegen nicht vor.

### **6. Gesetzliche Vorschriften und Satzungsregelungen über die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung und über Satzungsänderungen**

Gemäß § 7 Abs. 2 der Satzung der Fresenius SE & Co. KGaA obliegt die Geschäftsführung der Fresenius SE & Co. KGaA der persönlich haftenden Gesellschafterin. Die Fresenius Management SE ist die persönlich haftende Gesellschafterin der Fresenius SE & Co. KGaA. Gemäß § 6 Abs. 3 der Satzung der Fresenius SE & Co. KGaA scheidet die persönlich haftende Gesellschafterin aus der Gesellschaft aus

- sobald nicht mehr alle Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin unmittelbar oder mittelbar von einer Person gehalten werden, die mehr als 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft unmittelbar oder mittelbar über ein nach § 17 Absatz 1 AktG abhängiges Unternehmen hält; dies gilt nicht, wenn alle Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin unmittelbar oder mittelbar von der Gesellschaft gehalten werden; oder

- wenn die Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin von einer Person erworben werden, die nicht innerhalb von zwölf Monaten nach Wirksamwerden dieses Erwerbs ein Übernahme- oder Pflichtangebot gemäß den Regelungen des Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetzes (WpÜG) an die Aktionäre der Gesellschaft nach folgenden Maßgaben gerichtet hat. Die den übrigen Aktionären angebotene Gegenleistung muss eine von dem Erwerber an den Inhaber der Aktien der persönlich haftenden Gesellschafterin für den Erwerb der Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin und an der Gesellschaft gezahlte Gegenleistung berücksichtigen, sofern diese über den Betrag des Eigenkapitals der persönlich haftenden Gesellschafterin und des durchschnittlichen Börsenkurses der erworbenen Aktien der Gesellschaft während der letzten fünf Börsenhandelstage vor dem Tag des Abschlusses der Vereinbarung über den Erwerb der Aktien an der persönlich haftenden Gesellschafterin hinausgeht.

Die übrigen gesetzlichen Ausscheidensgründe für die persönlich haftende Gesellschafterin bleiben unberührt.

Für die Bestellung und Abberufung des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin gelten die gesetzlichen Bestimmungen in Artikel 39 der SE-Verordnung, § 16 SE-Ausführungsgesetz und §§ 84, 85 AktG sowie § 7 Abs. 1, 2 der Satzung der Fresenius Management SE. Die Mitglieder des Vorstands werden vom Aufsichtsrat der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Fresenius Management SE, bestellt und abberufen. Die Satzung der Fresenius Management SE lässt zu, dass auch stellvertretende Vorstandsmitglieder bestellt werden können. Die Mitglieder des Vorstands werden für einen Zeitraum von höchstens fünf Jahren bestellt. Wiederbestellungen sind zulässig.

Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied abberufen, wenn ein wichtiger Grund für die Abberufung besteht. Wichtige Gründe sind insbesondere eine grobe Verletzung von Vorstandspflichten und die Entziehung des Vertrauens in der Hauptversammlung.

Änderungen in der Satzung erfolgen gemäß § 278 Abs. 3, § 179 i.V.m. § 133 AktG und § 17 Abs. 3 der Satzung der Fresenius SE & Co. KGaA. Gemäß § 285 Abs. 2 S. 1 AktG bedürfen Satzungsänderungen der Zustimmung der persönlich haftenden Gesellschafterin.

## **7. Befugnisse der persönlich haftenden Gesellschafterin zur Ausgabe und zum Rückkauf von Aktien**

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist durch Beschluss der Hauptversammlung vom 17. Mai 2013 ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats der Fresenius SE & Co. KGaA:

- das Grundkapital der Fresenius SE & Co. KGaA bis zum 16. Mai 2018 durch ein- oder mehrmalige Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien gegen Bar- und / oder Sacheinlagen um insgesamt bis zu 40.320.000,00 € zu erhöhen (Genehmigtes Kapital I). Das Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden.

Darüber hinaus bestehen nachfolgende bedingte Kapitalien zur Bedienung von Aktienoptionsplänen, angepasst um zwischenzeitlich erfolgte Aktienoptionsausübungen:

- Das Grundkapital ist um bis zu 2.111.517,00 € durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital I). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsplan 2003 Wandelschuldverschreibungen auf Inhaber-Stammaktien ausgegeben wurden und die Inhaber dieser Wandelschuldverschreibungen von ihrem Wandlungsrecht Gebrauch machen.
- Das Grundkapital ist um bis zu 4.262.602,00 € durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital II). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsplan 2008 Bezugsrechte ausgegeben wurden oder werden und die Inhaber dieser Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt bzw. von ihrem Recht auf Barausgleich Gebrauch macht. Dabei ist für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an den Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig.
- Das Grundkapital ist um bis zu 8.400.000,00 € durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital IV). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgeführt, wie gemäß dem Aktienoptionsplan 2013 Bezugsrechte ausgegeben wurden oder werden und die Inhaber dieser Bezugsrechte von ihrem Ausübungsrecht Gebrauch machen und die Gesellschaft zur Erfüllung der Bezugsrechte keine eigenen Aktien gewährt. Dabei ist für die Gewährung und Abwicklung von Bezugsrechten an den Vorstand der persönlich haftenden Gesellschafterin ausschließlich deren Aufsichtsrat zuständig ist.

Schließlich besteht das nachfolgende bedingte Kapital zur Bedienung von Wandel- und / oder Optionsschuldverschreibungen, die unter einer Ermächtigung der persönlich haftenden Gesellschafterin durch die Hauptversammlung gegeben wurden:

- Das Grundkapital ist um bis zu 16.323.734,00 € durch Ausgabe neuer Inhaber-Stammaktien bedingt erhöht (Bedingtes Kapital III). Die bedingte Kapitalerhöhung wird nur insoweit durchgerührt, wie die Inhaber von gegen Barleistung ausgegebenen Wandelschuldverschreibungen oder von Optionsscheinen aus gegen Barleistung ausgegebenen Optionsschuldverschreibungen, die aufgrund der Ermächtigung der persönlich haftenden Gesellschafterin durch die Hauptversammlung vom 11. Mai 2012 von der Fresenius SE & Co. KGaA oder durch eine Konzerngesellschaft bis zum 10. Mai 2017 begeben werden, von ihrem Wandlungs- oder Optionsrecht Gebrauch machen und soweit nicht andere Erfüllungsformen zur Bedienung eingesetzt werden.

Die Hauptversammlung hat die Gesellschaft ferner am 11. Mai 2012 gem. § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 10. Mai 2017 eigene Aktien im Umfang von bis zu 10 % des Grundkapitals zu erwerben und zu verwenden. Das Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden. Zum 31. Dezember 2013 hat die Gesellschaft von dieser Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Die Tagesordnung für die Hauptversammlung am 16. Mai 2014 sieht folgende Beschlussfassungen zu Kapitalmaßnahmen und zum Erwerb eigener Aktien direkt oder durch Derivate vor:

- Beschlussfassung vor über eine Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln unter Ausgabe neuer Aktien, über die Anpassung der Ermächtigung zur Gewährung von Bezugsrechten an Führungskräfte und Mitglieder der Geschäftsführung der Fresenius SE & Co. KGaA oder eines verbundenen Unternehmens (Aktienoptionsprogramm 2013) sowie über die jeweils entsprechenden Anpassungen von § 4 (Grundkapital) und § 13 (Aufsichtsratsvergütung) der Satzung (Tagesordnungspunkt 7)
- Beschlussfassung über die Aufhebung des bestehenden Genehmigten Kapitals I sowie über die Schaffung eines neuen Genehmigten Kapitals I mit Ermächtigung zum Ausschluss des Bezugsrechts und entsprechende Satzungsänderung (Tagesordnungspunkt 8)
- Beschlussfassung über die Aufhebung der bestehenden Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen vom 11. Mai 2012 und des zugehörigen Bedingten Kapitals III sowie über die Schaffung einer neuen Ermächtigung zur Ausgabe von Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen, zum

Ausschluss des Bezugsrechts sowie über die Schaffung eines Bedingten Kapitals und entsprechende Satzungsänderungen (Tagesordnungspunkt 9)

- Beschlussfassung über die Aufhebung der durch Beschluss der Hauptversammlung vom 11. Mai 2012 erteilten Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG und eine Ermächtigung zum Erwerb und zur Verwendung eigener Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Nr. 8 AktG sowie zum Ausschluss des Bezugsrechts (Tagesordnungspunkt 10)
- Beschlussfassung über eine Ermächtigung zum Einsatz von Eigenkapitalderivaten beim Erwerb eigener Aktien mit möglichem Ausschluss eines etwaigen Andienungsrechts (Tagesordnungspunkt 11)

## **8. Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen**

Ein Kontrollwechsel infolge eines Übernahmeangebots hätte unter Umständen Auswirkungen auf einige der langfristigen Finanzierungsverträge der Fresenius SE & Co. KGaA, in denen Vereinbarungen über einen Kontrollwechsel enthalten sind. Dies sind marktübliche Change-of-Control-Klauseln, die den Gläubigern bei einem Kontrollwechsel das Recht zur vorzeitigen Kündigung einräumen. Das Kündigungsrecht ist aber in der Regel nur dann wirksam, wenn der Kontrollwechsel mit einer Herabstufung des Ratings der Gesellschaft verbunden ist.

Weitere wesentliche Vereinbarungen zwischen der Fresenius SE & Co. KGaA und anderen Personen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, bestehen nicht.

## **9. Entschädigungsvereinbarungen der Gesellschaft, die für den Fall eines Übernahmeangebots mit Mitgliedern des Vorstands der persönlich haftenden Gesellschafterin oder Arbeitnehmern getroffen sind**

Die Anstellungsverträge der Vorstandsmitglieder der persönlich haftenden Gesellschafterin enthalten keine ausdrückliche Regelung für den Fall eines Kontrollwechsels. Auch mit Arbeitnehmern wurden keine Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots getroffen.

## **II. Angaben nach § 289 Abs. 5 HGB**

### **1. Rechtlicher Hintergrund**

Das am 29. Mai 2009 in Kraft getretene Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) hat u.a. die §§ 289, 315 HGB sowie die §§ 120, 175 AktG geändert. Danach musste der Hauptversammlung ein schriftlicher Bericht u.a. zu den neu eingeführten Pflichtangaben im Lagebericht gemäß § 289 Abs. 5 HGB zum internen Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess bzw. Konzernrechnungslegungsprozess vorgelegt werden.

Durch das spätere Gesetz zur Umsetzung der Aktionärsrechterichtlinie (ARUG) hat der Gesetzgeber die Erfordernisse zur Abgabe erläuternder Berichte in § 176 Abs. 1 Satz 1 AktG gebündelt und die Verpflichtungen zur Abgabe der Berichte in §§ 120 Abs. 3 Satz 2, 175 Abs. 2 Satz 1 AktG gestrichen. Dabei wurde jedoch der Verweis auf § 289 Abs. 5 HGB, der durch das BilMoG hinzugekommen war und die Angaben im Lagebericht zum internen Kontroll- und Risikomanagementsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess betrifft, nicht übernommen, so dass an sich keine Verpflichtung zur Abgabe eines Berichts zu den Angaben nach § 289 Abs. 5 HGB bestünde. Andererseits hat das Bundesjustizministerium einen Hinweis zu § 175 Abs. 2 Satz 1 AktG veröffentlicht ([http://www.gesetze-im-internet.de/aktg/\\_175.html](http://www.gesetze-im-internet.de/aktg/_175.html)), wonach die entsprechende Änderungsanweisung des ARUG zu § 175 Abs. 2 Satz 1 AktG wegen eines Redaktionsversehens nicht ausführbar sei. Bei Nichtausführung der Änderungsanweisung des ARUG besteht die mit dem BilMoG eingeführte Verpflichtung zur Abgabe eines Berichts zu den Angaben nach § 289 Abs. 5 HGB.

Vor diesem Hintergrund soll für das abgelaufene Geschäftsjahr 2013 vorsorglich ein erläuternder Bericht zu den Angaben nach § 289 Abs. 5 HGB erstattet werden.

### **2. Gegenstand des Berichts**

Nach der Gesetzesbegründung des BilMoG umfasst das interne Kontrollsystem die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung der Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung, zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung sowie zur Sicherung der Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften. Dazu gehört auch das interne Revisionssystem, soweit es sich auf die Rechnungslegung bezieht.

Das Risikomanagementsystem und das interne Kontrollsystem im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess beziehen sich auf Kontroll- und Überwachungsprozesse der Rechnungslegung und der Finanzberichterstattung.

### **3. Wesentliche Merkmale des Risikomanagement- und des internen Kontrollsystems**

Die wesentlichen Merkmale des im Fresenius-Konzern bestehenden Risikomanagement- und des internen Kontrollsystems können wie folgt beschrieben werden:

Das Fresenius-Risikomanagementsystem ist eng mit der Unternehmensstrategie verknüpft. Integraler Bestandteil ist ein Kontrollsystem, mit dem wesentliche Risiken frühzeitig erkannt werden, um ihnen gegensteuern zu können.

Innerhalb der Unternehmensbereiche sind die Verantwortlichkeiten für den Prozessablauf und die Kontrolle wie folgt festgelegt:

- Die Risikosituation wird regelmäßig und standardisiert erfasst und mit den bestehenden Vorgaben verglichen. So können rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden, wenn sich negative Entwicklungen abzeichnen sollten.
- Die verantwortlichen Führungskräfte sind verpflichtet, dem Vorstand unverzüglich über relevante Veränderungen des Risikoprofils zu berichten.
- Fresenius betreibt ständige Marktbeobachtung und hält enge Kontakte zu Kunden, Lieferanten und Behörden, um zeitnah Veränderungen des Umfelds erkennen und darauf reagieren zu können.

Das Risikomanagementsystem wird sowohl auf Konzernebene als auch in den Unternehmensbereichen durch das Risikocontrolling sowie ein Managementinformationssystem unterstützt. Auf Basis detaillierter monatlicher und quartalsweiser Berichte werden Abweichungen der tatsächlichen von der geplanten Geschäftsentwicklung identifiziert und analysiert. Darüber hinaus beinhaltet das Risikomanagementsystem ein Kontrollsystem aus organisatorischen Sicherungsmaßnahmen sowie internen Kontrollen und Prüfungen.

Die Wirksamkeit des Risikomanagementsystems wird regelmäßig vom Vorstand und von der Internen Revision überprüft. Daraus resultierende Erkenntnisse werden bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems berücksichtigt, damit Fresenius Veränderungen in seinem Umfeld frühzeitig begegnen kann; dieses System hat



sich bislang bewährt. Auch das Kontrollsystem wird regelmäßig vom Vorstand und der Internen Revision überprüft.

Des Weiteren beurteilt der Abschlussprüfer, ob das vom Vorstand eingerichtete Überwachungssystem zur Früherkennung von bestandsgefährdenden Risiken geeignet ist. Aus der Abschlussprüfung resultierende Erkenntnisse in Bezug auf das rechnungslegungsrelevante interne Kontrollsystem werden bei der kontinuierlichen Weiterentwicklung berücksichtigt.

Fresenius hat die Organisation und die Systeme zur Identifikation, Bewertung und Kontrolle von Risiken sowie zur Entwicklung von Gegenmaßnahmen funktionsfähig eingerichtet und angemessen ausgestaltet. Absolute Sicherheit, damit Risiken vollumfänglich identifizieren und steuern zu können, kann es jedoch nicht geben.

#### **4. Erläuterung der wesentlichen Merkmale des Risikomanagement- und des internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess**

Das Risikomanagement- und das interne Kontrollsystem, deren wesentliche Merkmale zuvor beschrieben worden sind, stellen sicher, dass unternehmerische Sachverhalte richtig erfasst, aufbereitet und bewertet und so in die externe Rechnungslegung übernommen werden. Sie gewährleisten, dass die Rechnungslegung bei der Fresenius SE & Co. KGaA sowie bei allen in den Konzernabschluss einbezogenen Gesellschaften einheitlich und im Einklang mit den rechtlichen und gesetzlichen Vorgaben sowie internen Leitlinien steht.

Die Verlässlichkeit der Rechnungslegungsprozesse und die Korrektheit der Finanzberichterstattung, einschließlich der Erstellung eines regelkonformen Jahresabschlusses und Konzernabschlusses sowie Lageberichts und Konzern-Lageberichts, werden durch eine Vielzahl von Maßnahmen und internen Kontrollen sichergestellt. Insbesondere ein in der Regel vierstufiger Berichtsprozess sichert eine intensive Erörterung und Kontrolle der Finanzergebnisse. Auf jeder Berichtsebene (lokale Einheit, Region, Unternehmensbereich, Konzern) werden die Finanzdaten und Kennzahlen berichtet, erörtert und monatlich mit den Vorjahreszahlen, den Budgetwerten und der aktuellen Hochrechnung verglichen. Dabei werden alle Sachverhalte, Annahmen und Schätzungen, die eine relevante Auswirkung auf die extern berichteten Konzern- und Segmentzahlen haben, intensiv mit der für die Erstellung der Konzernabschlüsse zuständigen Abteilung besprochen. Quartalsweise werden diese Vorgänge im Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats erörtert.

Um eine zuverlässige Finanzberichterstattung und die zutreffende Erfassung von Transaktionen in der Buchhaltung sicherzustellen, bestehen Kontrollmechanismen, z.B. systemtechnische und manuelle Abstimmungen. Der von den Konzerngesellschaften zu berichtende Inhalt und Umfang wird zentral vorgegeben und regelmäßig an Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften angepasst. Die Konsolidierungsvorschläge erfolgen IT-gestützt. In diesem Zusammenhang finden u. a. umfangreiche Abstimmungen konzerninterner Salden statt. Um Missbrauch zu vermeiden, wird auf eine systematische Trennung von Funktionen geachtet. Zusätzlich tragen die vom Management durchgeführten Überwachungen und Bewertungen dazu bei, dass Risiken mit direktem Einfluss auf die Finanzberichterstattung identifiziert werden und Kontrollen zur Risikominimierung eingerichtet sind. Darüber hinaus werden Änderungen der Rechnungslegungsvorschriften intensiv verfolgt und die mit der Finanzberichterstattung betrauten Mitarbeiter regelmäßig und umfassend geschult. Im Bedarfsfall wird auf externe Experten, z. B. Gutachter, zurückgegriffen. Bei der Abschlusserstellung sind unterstützend die Abteilungen Treasury, Steuern, Controlling und Recht eingebunden. Die zur Verfügung gestellten Informationen werden dabei von der für die Erstellung der Konzernabschlüsse zuständigen Abteilung nochmals verifiziert.

Mit Fresenius Medical Care unterliegt eine wichtige Konzerngesellschaft zudem dem Kontrollumfeld des Abschnitts 404 des Sarbanes-Oxley Act. Der Sarbanes-Oxley Act wurde im Jahr 2002 in den USA erlassen und soll die Verlässlichkeit der Berichterstattung von Unternehmen verbessern. Er hat die Verantwortlichkeit des Managements und des Prüfungsausschusses sowie die Offenlegungs- und Prüfungspflichten erweitert.

Bad Homburg, im April 2014

**Fresenius SE & Co. KGaA**  
**vertreten durch persönlich haftende Gesellschafterin, die**  
**Fresenius Management SE**  
**Der Vorstand**